

Gastrosuisse

Das Gastgewerbe bleibt ein Sorgenkind

Die Hochkonjunktur hat dem Schweizer Gastgewerbe 2007 wieder mal ein dickes Umsatzplus beschert. Dennoch: Viele Betriebe schreiben rote Zahlen.

VON HANS BÄRTSCH, ZÜRICH

Über das letzte Jahr lässt sich eigentlich nicht klagen. Herr und Frau Schweizer assen und tranken vermehrt ausserhalb der eigenen vier Wände; und zwar für insgesamt 19 Milliarden Franken. Dies entspricht einem Plus von 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Wie der Branchenverband Gastrosuisse gestern in Zürich bekannt gab, legten vor allem die herkömmliche und die Schnellverpflegungsgastronomie zu. Gastrosuisse-Zentralpräsident Klaus Künzli bezeichnete die höhere Konsumneigung als «Spiegel der sehr guten Wirtschaftslage».

Ertragslage ist miserabel

Das Aber folgte auf dem Fuss: Auf eine Abkühlung der Wirtschaft, wie sie zu erwarten sei, reagiere die Branche «traditionell rasch». Künzlis Ausblick war denn auch eher verhalten.

Mehr zu denken gibt indes eine Erhebung von Gastroconsult, der führenden Treuhandgesellschaft im Gastgewerbe. Derzufolge präsentiert sich die Ertragslage in der Branche – bezogen auf 2006, weil aktuellere Zahlen fehlen – miserabel: Durchschnittlich wird im Schweizer Gastgewerbe

be ein Verlust von 5,6 Prozent vom Umsatz erwirtschaftet. Bei den Beherbergungsbetrieben sind es 2,8, bei den Restaurants 8 Prozent, wie Hannes Jaisli, Leiter Wirtschaft und Recht bei Gastrosuisse, ausführte. In diesen Zahlen sind ein durchschnittlicher Unternehmerlohn von 64 366 Franken und eine Eigenkapitalverzinsung von

11 000 Franken jährlich eingerechnet. Werden Unternehmerlohn und Eigenkapitalverzinsung berücksichtigt, so schreiben 64 Prozent der Betriebe rote Zahlen.

Die schwache Ertragslage ist zwar nicht neu, aber für Gastrosuisse ein Ansporn, den rund 28 000 gastgewerblichen Betrieben im Land noch vermehrt Hilfe anzubieten.

So sind Überlegungen im Gang bezüglich eines schlanken nationalen Gastgewerbegesetzes. In diesem wäre dann auch eine Regelung der minimalen Hygienekenntnisse

enthalten – für griffigere Vorschriften in Sachen Hygiene auf nationaler Ebene engagiert sich der Verband schon seit Jahren, wie Zentralpräsident Künzli betonte.

Politisch sieht sich Gastrosuisse, einer der grössten Arbeitgeberverbände der Schweiz, auf Kurs. Künzli nannte den Passivrauchschutz, wo eine rasche nationale Lösung erhofft

wird, «die uns einen kantonalen Flickenteppich erspart». Positiv würdigte Künzli auch die Anpassung der Mehrwertsteuersätze für die zeitlich begrenzte IV-Zusatzfinanzierung. Kritisch äusserte sich Gastrosuisse-Direktor Florian Hew hingegen in Zusammenhang mit ersten Gesprächen zu einer grundsätzlichen Überarbeitung des Landes-Gesamtarbeitsvertrages zur Rolle der Gewerkschaften. Beispiele aus jüngerer Zeit (SBB Cargo, Bau) zeigten eine «zunehmende Militanz der Unia». Die Arbeitnehmerseite müsse akzeptieren, dass die Situation im Gastgewerbe nicht vergleichbar sei mit andern Dienstleistungsbranchen, die sich auf die Fünf-Tage-Woche und auf Bürostunden ausrichten.

«Wir engagieren uns schon lange für griffigere Hygienevorschriften auf nationaler Ebene.»

KLAUS KÜNZLI, PRÄSIDENT GASTROSUISSE

Schweizer essen mehr Beilagen

Der ebenfalls gestern veröffentlichte «Branchenspiegel 2008» zeigt einige interessante Veränderungen in den Ess- und Trinkgewohnheiten der Schweizer auf. So gewannen 2007 Beilagen wie Pommesfrites oder Reis an Bedeutung, weniger häufig auf dem Speisezettel standen dafür Fleischgerichte und Salate. Das Essen machte in der Gastronomie zwei Drittel und Getränke machten einen Drittel des eingangs erwähnten Umsatzes von 19 Milliarden aus. Jedes dritte im

EXPRESS

- Das Gastgewerbe konnte den Umsatz 2007 um 13 Prozent steigern.
- Allerdings verzeichnen 64 Prozent der Betriebe Verluste.

Gastgewerbe konsumierte Getränk war ein Kaffee, ein Tee oder ein Milchgetränk. Seit Jahren rückläufig ist der Konsum von Alkohol; Bier wurde letztes Jahr zwölf Prozent weniger getrunken.

GASTROSUISSE-STERNE

100er-Grenze geknackt

Von den rund 28 000 gastgewerblichen Betrieben in der Schweiz mit knapp 230 000 Beschäftigten sind zwei Drittel Restaurants, nur rund 17 Prozent sind Hotels (mit oder ohne Restaurants).

Bei den Beherbergungsbetrieben, die Mitglied bei Gastrosuisse sind, geht es vorwiegend um den Bereich Klein- und Mittelhotellerie. Gastrosuisse nennt es ein «Beherbergungssegment mit Zukunftspotenzial». Seit einem Jahr gibt es bei Gastrosuisse die Möglichkeit, sich als Hotelleriebetrieb klassifizieren zu lassen. Nicht mit Sternen – dagegen hat der «Konkurrenzverband» Hotellerieuisse sich juristisch erfolgreich verwahrt –, sondern mit der Bezeichnung Hot-C (1 bis 3). Gastrosuisse zeigte sich gestern «stolz, die 100er-Grenze geknackt zu haben». Das heisst, innerhalb der letzten zwölf Monate sind 100 Betriebe nach verschiedenen Kriterien geprüft und klassifiziert worden. Hot-C sei «gut unterwegs» und «erstarkt immer mehr».

hb



Klaus Künzli, Präsident von Gastrosuisse.

EQ IMAGES

Bankenkommission

Warnung wegen Geldwäscherei

ap. Die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) hat eine Warnung der internationalen Geldwäschereiarbeitsgruppe FATF an die Akteure auf dem Finanzplatz Schweiz weitergeleitet. Und zwar vor Ländern mit mangelhaften Vorkehrungen gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Die Finanzintermediäre, die der EBK unterstellt sind, wurden aufgefordert, die Feststellungen der Arbeitsgruppe bei den Geschäftsbeziehungen in den fraglichen Ländern zu berücksichtigen. Ausserdem sollen sie die Risiken gemäss dem Geldwäschereigesetz und der EBK-Geldwäschereiverordnung einstuft.

Bei den von der FATF am 28. Februar genannten Ländern handelt es sich um Usbekistan, Iran, Pakistan, Turkmenistan, den westafrikanischen Inselstaat Sao Tome und Principe sowie um Nordzypern.

Wirtschaftsverbände

Unternehmen schätzen Bilaterale

ap. Die Wirtschaftsverbände werten den bilateralen Weg mit der EU über alle Branchen und Landesteile hinweg als Erfolg. Dies ergab eine Umfrage der Dachverbände Economiesuisse, Arbeitgeber- und Gewerbeverband. Ihre Mitglieder wünschen sich auch die Fortsetzung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit: Für die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien sprechen sich 97 Prozent aller Verbandsmitglieder aus. Über 80 Prozent messen dem Freizügigkeitsabkommen einen entscheidenden Stellenwert für das Wachstum und insbesondere für die Rekrutierung qualifizierter Arbeitskräfte zu. Eine grosse Mehrheit ist auch der Meinung, dass die flankierenden Massnahmen wie vorgesehen wirken und den Arbeitsmarkt nicht stören.

UBS

Aktionäre müssen doppelt untendurch

Nicht nur hat sich der Wert der UBS-Titel seit Juni 2007 halbiert. Aktionäre müssen eine deutliche Kürzung der Dividende in Kauf nehmen.

Gemessen am gestrigen Schlusskurs der UBS-Aktie, rund 34 Franken, entspricht die Aktiendividende für das abgelaufene Geschäftsjahr 1.70 Franken. Das ist deutlich weniger als noch im Vorjahr. Damals schüttete die UBS ihren Aktionären noch 2.20 Franken aus.

Die Ausschüttung einer Aktiendividende anstelle einer Bardividende ist Teil des ersten Massnahmenpakets zur Stärkung der Kapitalbasis der UBS. Aktionäre hatten dieses Vorgehen an der ausserordentlichen Generalversammlung von Ende Februar gutgeheissen.

Gestern legte der Verwaltungsrat das Umtauschverhältnis für die Aktiendividende auf 20:1 fest. Wer eine Namenaktie hält, erhält somit ein handelbares Anrecht mit einem Nennwert von 10 Rappen zuteilt. Das heisst: Aktionäre, die 20 Aktien ihr Eigen nennen, sind berechtigt, unentgeltlich eine neue Namenaktie zu beziehen.

Verlust der Stimmkraft

Zahlreiche Aktionäre werden davon keinen Gebrauch machen. Einer davon ist Herbert Brändli, Chef der Schweizer Sammelstiftung Profond. «Die Aktiendividende ist eine Scheindividende», sagt Brändli, dessen Stiftung laut eigenen Angaben mehr als 2 Millionen UBS-Aktien hält. Das entspricht knapp 0,1 Prozent. Wer die Aktiendividende beziehe, verliere entsprechend Stimmkraft. Unrecht hat er damit nicht. Denn

wer die Aktiendividende bezieht, bekommt zwar zusätzliche Aktien, bezahlt dafür aber quasi selbst – durch die Verwässerung seiner alten Aktien.

Aktien verwässert

Die Theorie besagt: Kapitalerhöhung heisst Kapitalverwässerung. Steigert also ein Unternehmen die Zahl ausstehender Aktien von 100 auf 200, halten Aktionäre mit jeder alten Aktie nur noch 0,5 statt 1 Prozent am Unternehmen. Der Anteil alter Aktien ist damit stark verwässert.

Im Fall UBS heisst das: Nach der Dividendenzahlung halten Aktionäre den gleichen Anteil an der Bank wie vorher. Das weiss auch der

designierte UBS-Präsident Peter Kurer. Er sprach bereits an der ausserordentlichen Generalversammlung im Februar von einem Nullsummenspiel, bei dem keine Werte zu den Aktionären verschoben würden. Brändli nimmt gelassen: «Für uns als langfristig orientierter Investor sind Umtauschverhältnis und Wert der Aktiendividende von sekundärer Bedeutung – wir behalten unsere Anteile.»

«Die Aktiendividende ist eine Scheindividende.»

HERBERT BRÄNDLI, PROFOND-CHEF

NEUER PRÄSIDENT

Arnold bleibt stur

ap. Ex-UBS-Konzernchef Luqman Arnold hat seinen Widerstand gegen die Wahl von Peter Kurer als Verwaltungsratspräsident der Grossbank bekräftigt. Die UBS habe es unterlassen, bestqualifizierte Schweizer Banker wie Josef Ackermann, Hans-Jörg Rudloff oder Markus Granzioff auch nur informell zu kontaktieren, kritisierte Arnolds Investmentfirma Olivant gestern.

Immobilienkrise

Schweizer Bauten werden erschwinglich

Die gute Nachricht in der Krise: Die Preise für Gewerbebauten sinken. Nur können die Mieter davon nicht profitieren.

In den vergangenen zwei Jahren wurden die Marktpreise für gewerbliche Liegenschaften durch stark kreditfinanzierte Immobilienkäufe in die Höhe getrieben – umgangssprachlich heisst das Immobilienspekulation.

«Diese Käufer konnten bis zu 10 Prozent mehr bieten», sagte Marc Gutzwiller, Schweizer Managing Director der Immobilienberatung CB Richard Ellis, an einem Informationsanlass des Unternehmens in Zürich. So blieben einheimische und defensiv rechnende Immobilieninvestoren wie Pensionskassen oder die grossen Immobiliengesellschaften PSP Swiss Property und Swiss Prime Site aussen vor. Mehr als 50 Prozent der Käufe erfolgten laut Gutzwiller mit massiver Kreditfinanzierung, die von niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt begünstigt wurde.

Jelmoli als erstes Zeichen

Doch nun wendet sich das Blatt zusehends. Ein erstes Indiz dafür war, dass die Jelmoli-Gruppe Ende vergangenen Jahres ihre Immobilien nicht wie geplant an ein israelisches Konsortium verkaufen konnte. Keine Bank wollte den Deal mehr finanzieren.

«Das ist eine direkte Folge der Subprime-Krise», sagt Gutzwiller. Er rechnet damit, dass sich die Preise nun auf das Niveau zurückbewegen werden, auf dem sie vor zwei Jahren waren, also bevor kreditfinanzierte Investoren den Markt übernahmen. Somit zeichnet sich ab, dass Schweizer auf gewerblichen Immobilienmärkten dank der US-Finanzkrise wieder verstärkt zum Zug

kommen. Noch muss sich aber weisen, wer verkaufen wird. In England geben die Immobilienpreise und Renditen bereits seit dem vergangenen Herbst deutlich nach, weil zahlreiche Investoren mit hoher Kreditfinanzierung ihre Liegenschaften zwangsverkaufen mussten. «Es dauerte lange, bis man die Subprime-Krise in Europa spürte, dann war der Einfluss aber dramatisch», kommentierte Michael Haddock, Senior Director von CB Richard Ellis. So ging im ersten Quartal 2008 das Umsatzvolumen um ein Drittel zurück.

In der Schweiz dürfte es nicht ganz so dramatisch werden, auch wenn derzeit ein britischer Investmentfonds eine Büroimmobilie in der Zürcher Innenstadt dringend loswerden muss. Gutzwiller ist zuversichtlich, dass dies ein Einzelfall bleibt. Immerhin sind die Liegenschaften meist an erstklassige Mieter mit mehrjährigen Verträgen vergeben, die Erträge bleiben stabil. Auch die Wohnungsmieten werden in den Städten kaum sinken, weil der Anteil freier Wohnungen tief ist.

ALEXANDER SAHEB



Fassade eines Geschäftsgebäudes.

KEY